Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 34 (1942)

Heft: 9

Artikel: Geschichtliche Warnungen

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353093

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sonstwo herunterzumachen oder um zu behaupten, dass, was unter zahlreichen menschlichen Missverständnissen, Fehlern und Unzulänglichkeiten mit dem jetzigen System nicht erreicht worden ist, im Handumdrehen und ohne Schwierigkeiten mit einem andern System erreicht werden könnte. Es hat sich bei dieser Darstellung hauptsächlich darum gehandelt, auf andere Möglichkeiten und Wege hinzuweisen. Die Schweiz hat das grosse Vorrecht, sich im eigenen Lande und in der Welt noch umschauen und anregen lassen zu können. Wir müssen uns dieses Vorrechts würdig erweisen, indem wir nichts unversucht und ohne Betrachtung lassen!

Ob es nun so oder so gemacht wird, auf alle Fälle hängt jedoch das Mass dessen, was sich mit all diesen Systemen erreichen oder nicht erreichen lässt, in erster Linie von der Disziplin und dem Verantwortungsbewusstsein jedes einzelnen Staatsbürgers ab. Diese sind das wirkungsvollste Kraut, das gegen Schwarzhandel, Profitgier und Hamsterei gewachsen ist!

Geschichtliche Warnungen.

Von Observator.

In der schweizerischen Presse sind angesichts der unaufhaltsamen Steigerung der Warenpreise, namentlich auch der Lebensmittelpreise, Warnungen vor inflatorischen Zuständen erhoben worden. Nichts ist verständlicher und gerechtfertigter, als dass die durch die Verteuerung der Lebenshaltung besonders getroffenen Volksschichten, vor allem also die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Forderung nach entsprechender Erhöhung ihrer Lohn- und Gehaltseinkommen erhoben haben. Nur wäre es ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man glauben würde, dass dadurch auch nur für einige Zeit ein erträglicher Ausgleich geschaffen werden könne. Denn die Lohn- und Gehaltsaufbesserungen rufen nach allen bisherigen Erfahrungen und nach den Gesetzen der wirtschaftlichen Logik nur zu bald wieder nach neuen Preissteigerungen. Soll aus diesem Wettlauf zwischen Preissteigerungen und Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht schliesslich eine regelrechte Inflation entstehen, die der Lebenshaltung der breiten Massen den schwersten Schaden zufügt, so müssen zugleich andere Mittel gefunden werden, um die durch die Kriegszustände hervorgerufene Warenverknappung und Preissteigerung auf die Volksgesamtheit und speziell auf die bessergestellten Volksschichten umzulegen. Wie das auf steuerlichem Wege und durch planwirtschaftliche Massnahmen geschehen könnte, sollte sobald und so gründlich wie möglich untersucht werden. Der Verfasser möchte heute nur auf die tragischen, wirtschaftlich und politisch geradezu verwüstenden Folgen hinweisen, die aus dem Mangel an rechtzeitiger Einsicht und Energie

über breite Volksschichten, ja ganze Völker und Kontinente hereinbrechen können.

Zu den Völkern, die schon einmal aus den gleichen Grundursachen, einem Weltkrieg, heraus die ruinösen Folgen der Inflation zu verspüren bekamen, gehörte neben Russland, Oesterreich, Italien, Frankreich, auch das Deutsche Reich. Solange der Krieg dauerte, beschwerte sich die damals noch kaiserliche Regierung nicht allzusehr mit dem Problem, wie auch nur die laufenden Kriegskosten gedeckt werden sollten, geschweige denn die riesenhaften Verpflichtungen der Nachkriegszeit. Man begnügte sich mit der Versicherung, dass alle Kriegslasten nach dem deutschen Siege ja von den besiegten Gegnern Deutschlands aufgebracht werden würden. Da der Krieg aber für Deutschland mit einer Niederlage endete, kam es zu einem beispiellosen wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch. Wilhelm II. und Ludendorff mussten ins Ausland flüchten, die Republik wurde ausgerufen, und Sozialisten, Zentrum und bürgerliche Demokraten regierten im Namen der « sozialen Demokratie ». Aber nun stellte sich heraus, dass durch den Krieg und die skrupellose Kriegswirtschaft die im Jahre 1913 noch so glänzend funktionierende Friedenswirtschaft in Grund und Boden hinein verwüstet worden war. Die Finanzen des Reichs, der Einzelstaaten und der Gemeinden waren total zerrüttet. Die Eisenbahnen waren ruiniert. Die Vorräte der Industrie und der Landwirtschaft waren aufgebraucht. Viele Millionen Soldaten waren arbeits- und existenzlos geworden. Ein Uebergangsplan existierte nicht. Selbst Sozialisten warnten davor, « den Bankerott zu sozialisieren ». Ungeheuer war nur die Verschuldung. Während das Reich vor dem Krieg nur rund 5 Milliarden Mark Schulden besessen hatte, war die Reichsschuld bereits am 31. März 1918 — ein halbes Jahr vor dem Kriegsende — auf 105 Milliarden Mark gestiegen, um am 31. März 1919 bereits 156 Milliarden zu erreichen. Bereits im September 1918 befanden sich 23 Milliarden Mark Papiergeld im Umlauf. Da 1913 auf den Kopf der deutschen Bevölkerung nur 30 Mark Papiergeld zirkuliert hatten, im September 1918 dagegen 300 Mark, so stand man bereits vor der Oktober-« Revolution » tief in der Inflation. Die bereits während der Kriegsjahre eingerissenen Preissteigerungen setzten sich in der Republik unausbleiblich in Lohnsteigerungen und in Teuerungszulagen um und erhöhten dadurch das Defizit im Reich und in den Einzelstaaten, das wiederum durch eine gewaltige Vermehrung des Papiergeldes gedeckt wurde. Bereits anfangs Juli 1919 war der Notenumlauf auf 41 Milliarden gestiegen, um immer phantastischer anzuwachsen.

Das dadurch beschleunigte Sinken des Geldwertes und Steigen der Preise führte mehr und mehr zu ungeheuerlichen Zuständen. Trotz aller nominellen Lohnerhöhungen wuchs das Elend breiter Volksschichten ins Unerträgliche, während umgekehrt die Unternehmer, die Börse, der Handel und das üppiger noch als zur

Kriegszeit florierende Schleichhändler- und Schiebertum kolossale Gewinne machten. Der Luxus und die Verschwendungswut der Kriegs- und Inflationsschmarotzer bildeten einen aufreizenden Kontrast zu der bitteren Not der Festbesoldeten und der Lohnarbeiter. In einem Rückblick auf das erste Jahr der Republik, der im Oktober 1919 erschien, lesen wir: «Wer die Dinge nicht durch die Brille des Klassenvorurteils betrachtet, muss zugeben, dass die Arbeiterklasse und mit ihr das Stehkragenproletariat der Beamten, der kaufmännischen und technischen Angestellten alle Ursache zum bittersten Groll haben. Denn elend wie zuvor ist ihre Lage geblieben. Ist auch die Arbeitszeit verkürzt worden, ist auch der Nominallohn beträchtlich gestiegen — die Kaufkraft des Geldes ist so lächerlich gering geworden, dass Millionen buchstäblich hungern! Und die Wutgedanken, die aus dem knurrenden Magen der darbenden Massen ins Gehirn steigen, werden noch vergiftet durch den Anblick des schamlos prassenden Kriegs- und Revolutionsgewinnlertums. Alle Wein- und Amüsierlokale sind überfüllt. Bars und Spielklubs schiessen wie Pilze aus dem Boden. In den Juwelierläden, deren Brillantenauslagen den armen Teufeln nie so protzig in die Augen gleissten, gehen Broschen, Kolliers und Ringe im Werte von Zehntausenden ab wie warme Semmeln... Welt und Halbwelt spreizt sich in Pelzmänteln, die Fabelwerte repräsentieren, trippelt in Stiefelchen, die den Monatslohn eines Arbeiters kosten, fährt auf Gummireifen, kauft in Delikatessläden die erlesensten Leckerbissen, alles unter den hassfunkelnden Augen der Armut. Und dann wundert man sich über das Anwachsen des Spartakismus und Bolschewismus, über die nicht abreissenden Streiks, über die dumpfe und heisse Gärung unter den Arbeitermassen.»

Dass zwölf Monate nach der deutschen Oktober-Revolution solche Zustände in Deutschland möglich waren, lag an der Zerklüftung und dem Bruderkampf der deutschen Arbeiterklasse selbst, die bereits auf die Stellungnahme während des Krieges zurückzuführen waren, aber durch den Streit um die nach der Revolution einzuschlagende Politik noch verschärft worden waren. Eine Einigung der gesamten Arbeiterschaft wäre einzig möglich gewesen durch ein klares, konsequentes, realisierbares Programm für Wirtschaft und Politik. Das Unglück war, dass darüber keine Einigung zustande kam, weil die sozialistische Rechte am Kompromiss mit dem Bürgertum hing, während die extreme Linke einfach den Bolschewismus nachahmen zu müssen glaubte. Die Zusammenarbeit mit dem Bürgertum aber brachte die ganze Wirtschaft und Politik in schlimmste Abhängigkeit von dem durch den Krieg grossgezüchteten Schieber-Kapitalismus vom Schlage der Stinnes. Man wagte nicht einmal den Versuch, die Währung zu stabilisieren, weil die Geldentwertung dem Grossunternehmertum die glänzendsten Chancen der Bereicherung auf Kosten der einheimischen Volksmassen und des Auslands bot. Und der Kapitalismus der Siegerstaaten war so verblendet, dass auch er

die Inflationspolitik des deutschen Unternehmertums noch ungewollt jahrelang unterstützte, obwohl sie doch das raffinierteste Mittel war, sowohl die Reparationsleistungen zu sabotieren, wie die deutschen Kapitalisten zur Schmutzkonkurrenz gegenüber England, Amerika und Frankreich zu befähigen. Und was die pfiffig-dummen Kapitalisten der genannten Siegerstaaten nicht einmal begriffen, blieb erst recht naiven deutschen Republikanern verborgen. So bildete sich der Reichsfinanzminister Erzberger ein, dass die Geldentwertung im Grunde nur ein Mittel des Vermögensausgleichs darstelle. Denn die Inflation löse gewissermassen die kolossalen Reichsschulden sowohl wie die Millionenvermögen der Grossbourgeoisie in Dunst auf. In Wirklichkeit wurden durch die Inflation zwar die Kriegsanleihezeichner und Sparkassenbuchinhaber ihrer Ersparnisse und Vermögen beraubt, darunter eine Menge kleiner Leute; dafür aber die Besitzer der Realwerte, vor allem die industriellen Grossunternehmer, ungeheuerlich bereichert! Der bekannteste unter ihnen, Stinnes, brachte es fertig, sein 30-Millionen-Vermögen zu verzwanzigfachen. Stinnes brachte es in den wenigen Jahren der deutschen Inflation zu einer derartigen Macht, dass er sogar die deutschen Reichseisenbahnen, von denen die preussischen Eisenbahnen allein 1880—1909 einen Betriebsüberschuss von 11,702 Millionen Mark (Goldmark!) abgeworfen hatten, in ein kapitalistisches Privatkonsortium verwandeln wollte, in dem ihm die Hauptrolle zufallen sollte.

Trotzdem die deutschen Staatsbahnen sich vor dem Krieg trotz mässiger Passagier- und Frachttarife glänzend rentiert hatten, waren sie durch den Allverderber Krieg jämmerlich heruntergewirtschaftet worden. Sowohl das rollende Material an Lokomotiven, Passagier- und Lastwagen war total abgenutzt und verlottert worden wie auch der Unterbau. Die Wiederherstellung dieses verwahrlosten Eisenbahnbetriebs verschlang natürlich nach dem Krieg unzählige Milliarden, zumal bereits 1921 infolge der Inflation die Kosten für Schienen, Eisenbahnschwellen, Stückkohlen, Lokomotiven etc. auf das 20- bis 30fache gegenüber 1913 gestiegen waren. Die private Eisenindustrie hatte für die Tonne Stabeisen, die 1913 nur 98 Mark gekostet hatte, 1921 den Preis auf 3000 Mark, also mehr als das 30fache emporgetrieben. Die Löhne der Beamten und Arbeiter der Reichseisenbahn waren hinter der Preiserhöhung der das Eisenbahnmaterial liefernden Privatunternehmungen weit zurückgeblieben. Denn das Beamtengehalt war 1921 erst auf das Siebenfache, der Arbeitslohn im Durchschnitt erst auf das Zehnfache gestiegen. Das deutsche Unternehmertum zog ja aus der Inflationsperiode gerade darum solche Riesengewinne, weil seine Preise für die von ihm erzeugten Rohstoffe, Halb- oder Fertigfabrikate stets der Lohnsteigerung weit voraneilten. Was nützte da den Arbeitern oder Angestellten ihre Lohnerhöhung mit entwertetem Papiergeld, wenn alle Preise viel rascher stiegen! So

hatte 1913 ein preussischer Eisenbahnbeamter ein Durchschnittsgehalt von 2352 Mark, 1921 dagegen von 17,155 Mark. Es hatte sich zwar auf das Siebenfache erhöht; aber seine Kaufkraft war sehr viel geringer geworden. Denn, was konnte er sich im Jahre 1913 dafür kaufen, und was Anfang November 1921? Greifen wir nur vier der wichtigsten Nahrungsmittel heraus: Brot, Kartoffeln, Milch und Butter.

Es kosteten in Berlin	1913	Anfang November 1921
1 Pfund Brot	12½ Pfg.	191 Pfg.
1 Pfund Kartoffeln	3 »	90 »
1 Liter Milch	20 »	500 »
1 Pfund Butter	130 »	4000 »

Infolgedessen konnte sich der Eisenbahnbeamte kaufen für

6.45 Mk. Tagesgehalt 1913:	für 47 Mk. Tagesgehalt 1921:
51½ Pfund Brot	knapp 30 Pfund Brot
oder 215 » Kartoffeln	oder 52 » Kartoffeln
» 32 Liter Milch	» 9½ Liter Milch
» 5 Pfund Butter	» 1 Pfd. 80 g Butter

Während die Inflation die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Pensionäre und Kleinrentner immer mehr herabdrückte, auf die Hälfte, dann ein Drittel, zuletzt auf ein Fünftel ihres Realeinkommens vor dem Kriege, machte das Unternehmertum, das ja wegen des unbedingt notwendigen Wiederaufbaus des total heruntergewirtschafteten Produktionsapparates viel mehr auf die öffentlichen Aufträge des Reichs, der Staaten und Gemeinden als auf den Privatverbrauch der Volksmasse angewiesen war, infolge der billigen Arbeitskräfte umso glänzendere Geschäfte. Obendrein hatte es nie so minimale Steuerlasten zu tragen wie in den vier Inflationsjahren 1919 bis 1923. Da hatte man ein grosses Wesen von den Kriegsgewinnsteuern gemacht, der ausserordentlichen Kriegsabgabe für 1919 und der Besteuerung des während des Krieges erfolgten Vermögenszuwachses der Kriegslieferanten, deren Ertrag Erzberger auf 12 Milliarden schätzte. Vollends wurde das Reichsnotopfer, von dem Erzberger innerhalb 30 Jahren einen Ertrag von 45 Milliarden erwartete, als ein Stück Sozialisierung gepriesen und von den Unternehmern als Konfiskation des Eigentums angeprangert. Aber die Inflation machte so rasch einen Strich durch alle Steuerpläne, dass schon ein Jahr später der Fabrikant und Abgeordnete Dr. Raschig auf dem demokratischen Parteitag erklärte: «Das Notopfer war gedacht als 20prozentiges Opfer des gesamten Besitzes. Der deutsche Besitz ist jetzt, wo die Werte alle aufgeblasen sind, mindestens 1000 bis 1500 Milliarden wert. Das Notopfer aber bringt nicht mehr, als man vorher angenommen hat, und wir müssen froh sein, wenn 60 Milliarden wirklich erbracht werden. Es ist jetzt nur ein Opfer von vielleicht 6 Prozent des gesamten Besitzes.» Er brachte in Wirklichkeit noch sehr viel

weniger. Und so ging es während der Inflation mit allen Steuern, die dem Besitz zugedacht waren.

Wohl hatte man bereits Ende 1918 eine Sozialisierungskommission einberufen. Sie hatte sich auch im Februar 1919 mit übergrosser Mehrheit für die « vollständige Enteignung sowohl des staatlichen wie des privaten Kapitals im Bergbau » ausgesprochen; aber die « Deutsche Kohlengemeinschaft », die wirklich zustande kam, geriet völlig unter die Herrschaft der Kohlenmagnaten. Nicht besser ging es mit den « gemeinwirtschaftlichen » Arbeitsgemeinschaften, die für die Kaliwirtschaft, die Elektrizitätswirtschaft und für Eisen und Stahl zustande kamen. Ein Praktiker, ehemaliger Direktor eines grossen Industriekonzerns, konstatierte, dass diese Form einer angeblichen Gemeinwirtschaft weder den Arbeitern, noch der Volksgesamtheit dienten, sondern nur zu enormen Preissteigerungen und abenteuerlichen Gewinnen für die Unternehmer führten. Ohne eingehende Prüfung der Selbstkosten ergebe sich innerhalb der beratenden und entscheidenden Stellen stets eine starke Mehrheit für « selbst ganz masslose Preiserhöhungen ». Auch bürgerliche Nationalökonomen von Ruf, wie Steinemann-Bucher und Adolf Wagner, schilderten damals die Gefahr, die darin liege, dass in den Verwaltungskörperschaften die Werkdirektoren als gewandte Dialektiker und Redner die Vertreter der Arbeiter und der Behörden allzu leicht zu gefährlichen Beschlüssen verleiten könnten. Dadurch, dass in der Tat die Schwerindustrie unsinnig hohe Preise für Kohle, Eisen und Stahl durchzusetzen und damit die ganze Industrie und die ganze Bauwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen und auch die Preise der Landwirtschaft ins Abenteuerliche treiben konnten, steigerten die deutschen Industriemagnaten ihre Macht ins Ungemessene. Schon damals begannen sie, Zeitungen aufzukaufen und die Wahl- und Agitationsfonds der reaktionären Parteien zu äufnen. Eine Politik, deren Fortsetzung dann in späteren Jahren bekanntlich zum Sturze der Republik und zur Heraufbeschwörung des zweiten Weltkriegs führte.

Schon im April 1920 waren die Kohlenpreise auf das 15fache der Vorkriegspreise gestiegen. Ihre Verteuerung trieb die Preise für Stahl, Eisen, Maschinen, Zement, Baumaterialien usw. in die Höhe. Vielfach überstieg diese Preissteigerung die der Kohle noch um ein erkleckliches. Diese Preissteigerung liess sich nur realisieren durch ungeheure Vermehrung des Papiergeldes, die eine enorme Entwertung der deutschen Valuta verursachte. Unter dieser Preissteigerung und Geldentwertung litten alle Renten-, Gehalts- und Lohnbezüger aufs schwerste, während die Industriellen die Lohn- und Rohmaterialienverteuerung so lange ertragen konnten, als sie durch immer neue Preissteigerungen, in die schon im voraus die abermalige Materialienverteuerung ausgiebig hineinkalkuliert wurde, an der Spitze dieses tollhäuslerischen Wettlaufes blieben. Vergebens wehrten sich alle einsichtigen Sozialisten und bürger-

lichen Politiker gegen dies auf die Dauer selbstmörderische System. Der Abg. Baltrusch, der Geschäftsführer des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, erklärte im April 1920: « Wir rasen ja dem Abgrund zu. Es ist ein Keil, der fortwährend weiter eingetrieben wird und der die Ursache ist zu allen Preissteigerungen in allen Industrien, für alle notwendigen Bedarfsartikel. Es muss ein Ende gemacht werden, und wo sollen wir zuerst anfangen? Doch beim Urprodukt! Wir können die Dinge nicht so laufen lassen wie bisher. » Aber vergebens protestierten die verantwortungsvollen Politiker, vergebens der Unterstaatssekretär Hirsch im Namen des Reichswirtschaftsministeriums. Vergebens auch so gerissene grossindustrielle Wirtschaftspraktiker wie v. Siemens und Rathenau. Einfach deshalb, weil die Unternehmer die Arbeiter durch Lohnerhöhungen zu ködern verstanden. Weil die Löhne infolge der rapiden Preissteigerung immer unzureichender wurden, war das ein Kinderspiel. Und weil die Arbeitervertreter eingestandenermassen nicht wagten (« Wir müssen, wenn wir draussen nicht unter die Räder kommen wollen, die Kohlenpreise bewilligen », erklärte der Geschäftsführer des Bundes der technischen Angestellten in der zweiten Sozialisierungskommission), den Verführungskünsten der Unternehmer im gegebenen Falle entgegenzutreten. Vergebens stellte Rathenau fest, dass die Unternehmerrente « so dick » sei, « dass die Unternehmer selbst anfangen, sich zu genieren ». Als er das einem der grössten Interessenten des Kohlenverbandes vorhielt, habe er ihm geantwortet: « Ja, glauben Sie nicht, dass die Sache mir auch sehr peinlich ist? » Meist freilich brächten die Unternehmer Berge von Belegmaterial dafür, dass sie unbedingt neue Preiserhöhungen durchsetzen müssten. Der eminent sachverständige Grossindustrielle v. Siemens aber erklärte, er habe selbst mit praktischen Selbstkostenrechnungen sehr viel zu tun und wisse genau, « wie auch beim besten Willen und der ehrlichsten Absicht ein klares Bild über die Selbstkosten nicht erreicht werden kann, vor allen Dingen nicht in der heutigen Zeit». Und Rathenau klagte: « Die Herren quälen sich, die Selbstkostenkalkulationen werden auf Doppelladern angefahren und als Stückgüter in den Sälen abgeladen. Man zweifelt dies und jenes an, dann mehren sich die Beweisstücke. Schliesslich: es bleibt dunkel, wir können es nicht übersehen. Es ginge auch über meine eigene Kraft. » Die Inflation schafft eben ein Tempo der Preisentwertung und ein Chaos schwer kontrollierbarer Zustände, dass selbst die fähigsten und sachkundigsten Kontrolleure die Uebersicht verlieren. Die gewissenlosesten Raffer und Glücksritter erhalten dann immer freies Spiel. Die Folgen sind das Verderben. Die Wirtschaft und Politik der unersättlichen Raffgier führt in den Abgrund. So geschah es auch in Deutschland. Die Reichsmark war am 31. Dezember 1919 auf einen Zehntel ihres Goldwertes gesunken, Dezember 1921 auf einen Fünfundvierzigstel, im August 1922

auf $^1/_{250}$, im Dezember 1922 auf $^1/_{1700}$, am 20. November 1923 waren nur noch 1000 Milliarden Mark = 1 Friedensmark!

Das klingt uns heute wie ein tolles Märchen, zumal in der Schweiz. Aber nicht nur die im Kriege selbst befindlichen Völker sollten sich dessen erinnern, was ihrer nach Kriegsende harren könnte, sondern auch die wenigen heute noch neutralen Staaten. Schon heute sind ja die Kriegsausgaben bereits weit höher als während des ganzen ersten Weltkriegs. Ueberall ist die Kriegsschuldenlast ins Abenteuerliche gewachsen. Nur durch den Glauben an den Endsieg und durch rücksichtslose Massnahmen gegen Preistreiberei konnte bisher die Kaufkraft des Geldes einigermassen gehalten werden. Was folgen kann, wenn der eiserne Reif der Kriegswirtschaft sich lockert oder gar zerspringt, haben seinerzeit Deutschland und die erwähnten anderen Länder erleben müssen. Soll nicht ähnliches unheilvolles Chaos durch die Inflation über noch zahlreichere Länder nach dem Ende des gegenwärtigen Weltkriegs hereinbrechen, so müssen rechtzeitig alle Vorkehrungen getroffen werden. Vor allem gegen die Inflation, die jede vernünftige, jede sozial gerechte Wirtschaft unmöglich macht und infolgedessen die von ihr ergriffenen Länder auch in unabsehbares politisches und soziales Chaos hineinstürzt. Und die Schweiz sollte schon heute mit gutem Beispiel vorangehen. Sie sollte beweisen, dass selbst bei einer Mangelwirtschaft die Preise mässig gehalten und dadurch der Güterverbrauch allen Volksschichten möglichst gleichmässig gesichert werden kann, wenn der gute Wille dazu vorhanden ist und die Wohlhäbigeren und Reichen bereit sind, durch rechtzeitige Notopfer und Steuerreformen die realen Voraussetzungen dafür zu schaffen. An diesen Willen muss mit äusserstem Nachdruck appelliert, die notwendigen Gesetze müssen unverzüglich geschaffen werden. Denn Preistreiberei und persönliche Gewinnsucht auf Kosten der Volksgesamtheit sind Laster, die sich, wie unsere Darlegungen beweisen, fast unvermerkt auch bei sonst anständigen Normalmenschen einschleichen und überraschend schnell emporwuchern. Ist aber die Inflation mit all ihren Bereicherungsmöglichkeiten einerseits und ihrer Massenausplünderung anderseits erst einmal vorhanden, so sind nur zu rasch alle Dämonen der Unterwelt entfesselt.